

Vertrauen in Deutschland: Großes Misstrauen gegenüber Institutionen

Die letzte „Berliner Rede“ in der Amtszeit von Bundespräsident Johannes Rau stand unter dem Motto „Vertrauen in Deutschland – eine Ermutigung“. Darin rief das Staatsoberhaupt alle gesellschaftlichen Schichten auf, mit mehr Zuversicht und Vertrauen in die Zukunft zu blicken.

Jürgen Schupp
jschupp@diw.de

Gert G. Wagner
gwagner@diw.de

Eine Sondererhebung des vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung durchgeführten Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) lässt erkennen, dass es in Deutschland durchaus Anzeichen für eine Vertrauenskrise gibt. So ist das Vertrauen in die Politik (Bundestag) weitgehend verloren gegangen, und auch den großen Wirtschaftsunternehmen und den Gewerkschaften wird nur noch wenig Vertrauen entgegengebracht. Dieses Bild ist umso bedenklicher, als der private Bereich nach wie vor völlig intakt ist: Der Familie sowie Freunden wird zu mehr als 90 % vertraut. Auch zu Nachbarn und Arbeitskollegen haben rund zwei Drittel großes Vertrauen.

Vertrauen ermöglicht es Menschen in einer komplexer werdenden Umwelt, gesellschaftliche und wirtschaftliche Interaktionen mittels vereinfachender Annahmen ohne große Transaktionskosten abzuwickeln. Beispielsweise muss man auf ein funktionierendes Rechtswesen vertrauen, um auf dynamischen Märkten Geschäfte machen zu können. Von Vertrauen – in Abgrenzung zu Zuversicht – spricht man allgemein nur dann, wenn eine mit Risiko behaftete vertrauensvolle Erwartung bei einer Entscheidung den Ausschlag gibt und auf diese Weise aktiv eine Vorleistung erbracht wird.¹

Vertrauen schafft, wie der Bundespräsident ausführte, in der Tat „das Klima für wirtschaftlichen Erfolg, für wissenschaftlichen und sozialen Fortschritt, für technische Innovation“.² Dabei steht der Bundespräsident auf einer soliden wissenschaftlichen Basis. Da aber Vertrauen eine riskante individuelle Vorleistung darstellt, lässt es sich nicht verordnen, sondern muss individuell wachsen. Der Appell des Bundespräsidenten kann deshalb nicht unmittelbar Wirkung zeigen.

demokratischen Gesellschaften den politischen Institutionen Vertrauen entgegenbringen.

Dieser Forschungszweig erlebte insbesondere im Zuge der Demokratisierung postkommunistischer Staaten starken Auftrieb. Hier galt es, die kulturellen Voraussetzungen für demokratische Institutionen zu untersuchen.⁴ Auch im Rahmen der europäischen Integration sowie im Zuge der EU-Osterweiterung liefert ein EU-Eurobarometer als kontinuierliches Monitoring einen umfragegestützten Gradmesser des Vertrauens in Institutionen. Das Barometer lässt auch erkennen, inwieweit sich die Bevölkerung in den neuen Mitgliedstaaten im Vertrauen in die politischen Institutionen den alten Mitgliedstaaten angenähert hat.⁵

Eine Operationalisierung der Messung von Vertrauen erfolgt üblicherweise, indem der Grad an Vertrauen in bestimmte Institutionen anhand von dichotomen oder ordinalen Skalen abgefragt wird. Dabei verlässt man sich meist auf verallgemeinernde und nicht fest umrissene Vorstellungen von

Zur Messung von Vertrauen

In der empirischen Wirtschafts- und Sozialforschung stand bei der Messung von Vertrauen bislang die Ermittlung des Grades an Vertrauen in Institutionen im Vordergrund. Diese aus der Politikwissenschaft stammende Operationalisierung der empirischen Vertrauensforschung hat eine gewisse Tradition.³ Die entsprechenden Untersuchungen widmeten sich der Frage, wie weit die Bürger in

¹ Vgl. hierzu die bislang umfassendste Analyse zum Vertrauensbegriff in Niklas Luhmann: *Vertrauen – Ein Mechanismus zur Reduktion sozialer Komplexität*. Stuttgart 1989.

² Johannes Rau: *Vertrauen in Deutschland – eine Ermutigung*. Berlin 2004 (www.bundespraesident.de/top/dokumente/Rede/ix_94871.htm).

³ Vgl. Oscar W. Gabriel: *Political Efficacy and Trust*. In: Jan W. van Deth und Elinor Scarbrough (Hrsg.): *The Impact of Values*. Oxford 1995, S. 357–389.

⁴ Vgl. Piotr Sztompka: *Vertrauen. Die fehlende Ressource in der postkommunistischen Gesellschaft*. In: Birgitta Nedelmann (Hrsg.): *Politische Institutionen im Wandel*. Opladen 1995, S. 254–276.

⁵ Europäische Kommission: *Eurobarometer der Kandidatenländer 2001*. Brüssel 2002 (www.europa.eu.int/comm/public_opinion).

Tabelle 1

Vertrauen¹ in Personen und Institutionen in DeutschlandAnteile in %²

Wieviel Vertrauen haben Sie...	Sehr viel Vertrauen	Ziemlich viel Vertrauen	Wenig Vertrauen	Überhaupt kein Vertrauen
... zur eigenen Familie	86	11	2	0
... zu Nachbarn	21	49	26	3
... zu Freunden	46	47	6	1
... zu Arbeitskollegen ³	11	58	29	3
... zu Fremden, denen Sie erstmals begegnen	1	11	61	27
... zu den Kirchen	10	26	38	27
... zu den Schulen und dem Bildungswesen	6	43	42	9
... zum Zeitungswesen	2	25	54	19
... zur Polizei	17	54	22	7
... zum Bundestag	2	18	50	31
... zu den Behörden	3	33	47	17
... zur Europäischen Union	3	22	53	23
... zu den Gerichten	7	41	40	12
... zu den Gewerkschaften	1	19	50	30
... zu großen Wirtschaftsunternehmen	1	17	55	27

1 Frage: „In der folgenden Frage geht es darum, zu welchen Personen, Gruppen oder Institutionen Sie mehr oder weniger Vertrauen haben.“

2 Gewichtete Analysen auf der Basis von 846 Fällen.

3 Nur Erwerbstätige (369 Fälle).

Quellen: SOEP, Pretest 2003; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

Vertrauen und Vertrauenswürdigkeit in einzelne konkrete Institutionen (Behörden, Parlamente etc.).

Gemäß einem stärker sozial-psychologisch ausgerichteten Ansatz erscheint es zweckmäßig, auch das Vertrauen im privaten Bereich zu untersuchen und ein Maß der kooperativen Beziehungen der Bürger untereinander (Sozialkapital) zu ermitteln.⁶

Im Rahmen einer Sondererhebung des vom DIW Berlin seit langem durchgeführten Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) wurden im Sommer 2003 etwa 850 Personen im Alter von mindestens 16 Jahren sowohl zu ihrem Vertrauen in Institutionen als auch im privaten Bereich befragt.⁷ Die Frage lautete: „In der folgenden Frage geht es darum, zu welchen Personen, Gruppen oder Institutionen Sie mehr oder weniger Vertrauen haben. Wie viel Vertrauen haben Sie?“ Es folgten fünf einzelne Indikatoren für den privaten Bereich sowie zehn institutionelle Indikatoren. Die Antworten sollten auf einer vierstufigen Skala von „sehr viel“ Vertrauen bis „überhaupt kein“ Vertrauen eingetragen werden.

Uneingeschränktes Vertrauen findet sich allein in der Familie

Nicht überraschend ist, dass 86 % der Deutschen ihrer eigenen Familie „sehr viel“ vertrauen, während Freunden lediglich in knapp 50 % in gleichem Maße vertraut wird. Immerhin wird zusammengekommen zu 93 % Freunden „ziemlich viel“ und „sehr viel“ Vertrauen geschenkt (Tabelle 1). Nahezu drei Viertel aller Deutschen vertrauen auch ihren

Nachbarn entsprechend. Dabei ist das Vertrauen zu Nachbarn in Westdeutschland mit 72 % häufiger vorhanden als in Ostdeutschland (61 %).

Fremden, denen das erste Mal begegnet wird, bringen die Bürger in Deutschland erwartungsgemäß nur in geringem Maß Vertrauen entgegen. Lediglich jeder achte Erwachsene hat hier Vertrauen; ein Viertel hat dagegen geäußert, überhaupt kein Vertrauen aufzubringen.

Nicht alle Institutionen sind in einer Vertrauenskrise

Erschreckend ist das äußerst geringe Vertrauen gleichermaßen in Gewerkschaften und Unternehmen. Nur etwa ein Fünftel schenkt diesen beiden Säulen der (Arbeits-)Gesellschaft hohes Vertrauen, wobei in Ostdeutschland die Unternehmen noch schlechter wegkommen als in Westdeutschland, während die Gewerkschaften in Westdeutschland ein größeres Vertrauensproblem haben als in Ostdeutschland.

⁶ Seit Mitte der 70er Jahre werden in den USA im General Social Survey (GSS) Fragen zu privatem Vertrauen erhoben. Zu Ergebnissen vgl. Robert D. Putnam: *Bowling Alone*. New York 2000, S. 134 ff.

⁷ Der Vergleich mit einem Pre-Test im Jahre 2002 zeigt eine erstaunlich hohe zeitliche Stabilität der Angaben, die offenbar von Tagesereignissen nur wenig beeinflusst werden. Neben solchen direkten Fragen zu Vertrauen gibt es in der empirischen Wirtschaftsforschung auch einen experimentellen Ansatz, den Grad von Vertrauen zu messen. Im SOEP wird es künftig die Möglichkeit geben, beide Ansätze miteinander zu verbinden. Vgl. Ernst Fehr, Urs Fischbacher, Bernhard v. Rosenblatt, Jürgen Schupp und Gert G. Wagner: *A Nation-Wide Laboratory – Examining Trust and Trustworthiness by Integrating Behavioral Experiments into Representative Surveys*. In: *Schmollers Jahrbuch*, 122/2002, Nr. 4, S. 519–542.

Tabelle 2

Vertrauende¹ nach sozio-demographischen Merkmalen

Anteile in %

Wieviel Vertrauen haben Sie ...	Insgesamt	Männer	Frauen	West-deutsch-land	Ost-deutsch-land	Nicht erwerbs-tätig	Abhängig erwerbs-tätig	Selbst-ständig	16 bis 35 Jahre	35 bis 65 Jahre	65 Jahre und älter
... zur eigenen Familie	97	98	97	98	96	97	99	93	96	97	98
... zu Nachbarn	70	72	69	72	61	71	68	74	57	75	77
... zu Freunden	93	92	94	93	95	94	93	94	92	94	94
... zu Arbeitskollegen	69	68	70	71	56	–	70	66	65	70	–
... zu Fremden, denen Sie erstmals begegnen	12	10	14	12	13	11	11	17	13	10	13
... zu den Kirchen	35	29	42	38	24	41	30	23	31	31	53
... zu den Schulen und dem Bildungswesen	49	48	50	53	30	52	49	33	47	49	51
... zum Zeitungswesen	27	26	29	30	18	29	26	21	33	24	29
... zur Polizei	71	68	74	76	51	73	72	60	66	70	82
... zum Bundestag	20	20	20	21	13	21	19	10	19	16	29
... zu den Behörden	36	36	37	40	19	38	35	32	33	33	50
... zur Europäischen Union	25	26	23	25	22	27	23	19	32	19	28
... zu den Gerichten	48	50	46	50	38	48	51	34	56	43	50
... zu den Gewerkschaften	20	21	19	19	27	21	21	12	24	17	22
... zu großen Wirtschaftsunternehmen	17	17	18	18	15	20	13	19	19	15	22
Insgesamt (Fallzahl)	846	368	478	668	178	477	303	66	208	426	212

¹ Auf die Frage: „In der folgenden Frage geht es darum, zu welchen Personen, Gruppen oder Institutionen Sie mehr oder weniger Vertrauen haben“, haben sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen.

Quellen: SOEP, Pretest 2003; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

Gering ist das Vertrauen mit etwa 20 % auch in den Bundestag, wobei in Ostdeutschland das Vertrauen in diese demokratische Institution stärker erschüttert ist als in Westdeutschland. Selbst das häufig – gerade von Politikern – öffentlich kritisierte „Zeitungswesen“ schneidet mit 27 % in ganz Deutschland noch besser ab als die Politik. Den Kirchen wird mit über 35 % allerdings noch deutlich mehr Vertrauen geschenkt (in Westdeutschland 38 %).

Einigen im Alltag wichtigen öffentlichen Bereichen wird dagegen vergleichsweise viel Vertrauen entgegengebracht. Etwa die Hälfte der Befragten schenkt Schulen und dem Bildungswesen sowie den Gerichten viel Vertrauen, wobei freilich in Ostdeutschland das Vertrauen in Gerichte um mehr als 10 Prozentpunkte niedriger liegt.

Der Polizei vertrauen sogar etwas über 70 %. In diesem Bereich sind auch die Anteile derer, die überhaupt kein Vertrauen aufbringen, gering: Nur jeder Zwanzigste vertraut der Polizei ganz und gar nicht; jedoch ist bei Jüngeren das Vertrauen in die Polizei geringer als bei Älteren.

Wer ist besonders misstrauisch?

Während das Vertrauen in die eigene Familie und zu Freunden erwartungsgemäß in den verschiedenen Teilgruppen der Gesellschaft in Deutschland

nahezu gleich hoch ist, kann man bezüglich des Vertrauens in Institutionen teilweise große Unterschiede feststellen (Tabelle 2).

Besonders misstrauisch gegenüber Institutionen sind Selbständige: Ihr Vertrauen in die Polizei sowie in Schulen und das Bildungswesen ist unterdurchschnittlich, und nur etwa jeder Zehnte vertraut dem Bundestag und – allerdings wenig überraschend – den Gewerkschaften. Überdurchschnittlich ist hingegen das Vertrauen der Selbständigen in Fremde, denen sie erstmals begegnen. Solches Vertrauen ist für viele Geschäfte auf Märkten mit neuen Kunden notwendig.

Die mittleren Jahrgänge (35- bis 65-Jährige) – also die Erwerbsbevölkerung – liegen im privaten Bereich im Durchschnitt der Bevölkerung, aber ihr Vertrauen in Institutionen ist durchweg unterdurchschnittlich ausgeprägt. Allerdings ist die Vertrauenslücke im Vergleich zu den jüngeren und älteren Befragten auch nicht sehr groß. Bei allen ist das Vertrauensniveau niedrig. Am meisten Vertrauen in die Institutionen haben ältere Leute.

Jüngere schenken zwar Nachbarn merklich unterdurchschnittlich Vertrauen, ihr Vertrauen in die Institutionen weicht aber nicht weit vom Durchschnitt der Bevölkerung nach unten ab. Der Europäischen Union vertrauen mit fast einem Drittel der jungen Menschen sogar mehr als der Durchschnitt (25 %).



Hinweis auf eine Veranstaltung

berlin lunchtime meetings

Lunchtime Meeting
DIW Berlin, CEPR London und IZA Bonn

Die Modernisierung von Staat und Unternehmenskultur im Steuerrecht

Prof. Dr. Paul Kirchhof
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Moderation: Prof. Dr. Georg Meran, DIW Berlin

Professor Kirchhof schlägt eine grundlegende Erneuerung des Steuerrechts vor. Als einschneidendste Maßnahme fordert er die Abschaffung aller steuerlichen Subventionstatbestände, was über ein erhöhtes Steueraufkommen zu einer Absenkung des Steuersatzes für die Allgemeinheit führen werde. Allein demographisch wichtige Aspekte wie Zukunftssicherung und Familiengründung sollen systemgerecht belastet werden. Unternehmerische Tätigkeit soll einheitlich und abschließend über die Rechtsfigur der „steuerjuristischen Person“ besteuert werden, die die bei Gewinnausschüttung bei manchen Rechtsformen bis dato einsetzende – die selbständige wirtschaftliche Betätigung pönalisierende – erneute Besteuerung entfallen lässt.

25. Mai 2004, 12.00 – 14.00 Uhr

Max-Liebermann-Haus
Pariser Platz 7
10117 Berlin

Die Teilnahme ist nur mit persönlicher Einladung möglich. Interessenten wenden sich bitte an Heike König (hkoenig@diw.de).

Weitere Informationen finden sich unter: www.diw.de/lunchtime



The Berlin Lunchtime Meetings
are supported by the Anglo German
Foundation



Media partner of the Berlin Lunchtime Meetings for Germany

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

(unverbindliche Preisempfehlungen)
Jahrgang Euro 120,-
Einzelheft Euro 11,-
Zuzüglich Versandkosten
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung
– auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Abteilung
Information und Organisation zulässig.